



**EVANGELISCH-REFORMIERTE KIRCHGEMEINDE BRIG
KIRCHGEMEINDERAT**

Tunnelstrasse 9, 3900 Brig; T 027 923 16 19

An den Stadtrat der Gemeinde Brig-Glis
z.Hd. Stadtpräsidentin Viola Amherd
Alte Simplonstrasse
3900 Brig

EINSCHREIBEN

Beschluss des Stadtrates zur Evangelischen Schule / Unsere Vorschläge

Brig, 23. März 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Stadträte

Ihr vor nunmehr einem Monat ergangener Beschluss zur Auflösung der Evangelischen Schule wirft nach wie vor viele Fragen auf. Allem voran steht die Frage: Weshalb macht sich der Stadtrat – ohne mit der Trägerschaft in der Sache bis heute jemals verhandelt zu haben – zum Erfüllungsgehilfen des Schuldirektors? Selbst die Schulkommission, der man nun wirklich keine Parteilichkeit zugunsten der Evangelischen Schule unterstellen kann, hatte ein klares Votum abgegeben: Keine Entscheidung ohne vorausgehende Verhandlungen mit dem Ziel der Verständigung! Weshalb wurde auch das missachtet? Was nötigte zu einem derartig übereilten Entscheid in einer Existenzfrage? Wir verstehen das nicht!

Mit Bedauern haben wir dann auch Ihre Publikation des Entscheides zur Kenntnis nehmen müssen. Immerhin hat der Stadtrat mit diesem Schritt die Tragweite seines Entscheides anerkannt. Allerdings hat uns dies gezwungen, nun unsererseits an die Öffentlichkeit zu gehen.

Wir legen in diesem Zusammenhang Wert auf folgende Feststellung: Die Trägerschaft hatte sich bis zu jenem Zeitpunkt gegenüber der Öffentlichkeit völlig zurückgehalten und stattdessen auf jede erdenkliche Weise versucht, mit den Entscheidungsträgern zu direkten Verhandlungen zu kommen. Leider ohne Erfolg. Es kann uns also niemand verdenken, dass wir in der Folge – aufgrund zahlreich eintreffender Rückfragen – nun auch unsererseits gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegten. Es erstaunt uns und tut weh, dass inzwischen von offizieller Seite die Nutzung demokratischer Möglichkeiten – bei gleichzeitig von uns stets offerierter Bereitschaft, endlich zu einem Ausgleich zu gelangen – als „öffentliche Stimmungsmache“ diskreditiert wird. Die Öffentlichkeit ist auf vielfältige Weise betroffen. Dies lässt sich unschwer den vielen Leserbriefen entnehmen, welche ausnahmslos mit Unverständnis dem Entscheid des Stadtrates antworten, wobei deren Autoren keineswegs

bloss aus den Reihen der reformierten Mitbürger stammen! Die Bevölkerung hat nach unserer Auffassung das volle Recht, in dieser Angelegenheit mit gehört und ernst genommen zu werden. Demokratie lebt von Beteiligung, fairem Interessenausgleich und dem Mut zum Kompromiss.

Sie haben uns nun die ultimative Möglichkeit eingeräumt, Ihnen bis Ende dieses Monats Lösungsvorschläge zukommen zu lassen, die den Stadtrat zu einer Wiedererwägung seines Entscheides veranlassen könnten. Allerdings haben Sie uns völlig im Unklaren darüber gelassen, welcherlei Vorschläge Sie denn selbst noch für sinnvoll halten, nachdem Sie sich doch bereits für eine erzwungene Auflösung der Evangelischen Schule entschieden haben und Verhandlungen (bei denen ja bekanntlich beide Seiten Vorschläge zu unterbreiten pflegen) bislang vermieden haben. Unsere Lösungsvorschläge beziehen sich deshalb konstruktiv auf die von Ihnen genannten „unbestreitbaren Probleme“.

Dies sind nun unsere Lösungsvorschläge:

1. Zur **Vermeidung von Härtefällen bei der Zuteilung nicht-reformierter Schüler** wird künftig das Einverständnis der betroffenen Eltern im Vorfeld abgeklärt. Dieses elterliche Votum wäre von der Schuldirektion bei der Zuteilung entsprechend zu berücksichtigen. Die Zuteilungs-Hoheit bliebe dabei wie bisher bei der Schuldirektion. Eine „freie Schulwahl“ wäre ausgeschlossen.
2. **Rückgang der reformierten Schüler:** Ein eklatanter Rückgang evangelischer Schüler ist im Vergleich zum Jahr 2005 statistisch *nicht* festzustellen. Allerdings sollte auf allen Seiten mehr unternommen werden, um nachhaltiger für das Angebot der Evangelischen Schule zu werben. Wir helfen gern dazu.
3. **Die ergänzende Zuteilung nicht-reformierter Schüler an die Evangelische Schule** stellt an sich gar kein Novum dar, sondern war in der Vereinbarung von 2005 von Anfang an vorgesehen. Bestimmt wurde, dass die ergänzende Zuteilung nicht-reformierter Kinder in gerechter und verträglicher Weise durch die Schuldirektion erfolgt. Wir schlagen vor, dass die Vereinbarung diesbezüglich in aller Ruhe weiterhin umgesetzt wird.
4. **Um einvernehmliche Umsetzungslösungen zu gewährleisten**, schlagen wir die *Einrichtung eines Koordinationsrates Evangelische Schule* vor, der paritätisch zusammengesetzt ist und mindestens einmal pro Schuljahr zusammentritt.
5. Zur seriösen Abklärung der (unausgesprochenen) Frage, ob **die Evangelische Schule künftig noch eine Existenzberechtigung** hat, schlagen wir die Bildung einer **hochkarätig besetzten Arbeitsgruppe** mit Beteiligung der Trägerschaft vor, die innerhalb der nächsten zwei Jahre die bildungspolitische Situation auf dem Platz Brig *unter Einbezug sämtlicher Interessen* untersucht und neu bewertet. Um die im Moment entstandene Patt-Situation zu überwinden, schlagen wir zudem vor, *einen externen, unabhängigen Mediator* mit der Leitung dieser Arbeitsgruppe zu betrauen. Ein solches Vorgehen hat sich in der Vergangenheit bereits andernorts bewährt. – Sollte sich am Ende herausstellen, dass hinreichende Gründe für eine Schliessung der Evangelischen Schule sprechen, würden wir uns den entsprechenden Konsequenzen nicht verschliessen.

Mit der Umsetzung dieser fünf Vorschläge entfällt aus unserer Sicht jeder aktuelle Kündigungsgrund.

Zum Schluss möchten wir es nicht unterlassen, Sie auf die *höchst problematischen Konsequenzen einer auf Beginn des Schuljahres 2011/12 wirksamen Kündigung der Vereinbarung* aufmerksam zu machen:

1. Der vom Stadtrat publizierte Kündigungs-Entscheid hat in der Evangelischen Schule bereits *psychologisch vielfältig verheerende Auswirkungen* gezeitigt: Resignation, Angst und viel Verunsicherung sind auf Seiten des Lehrerteams, der Eltern und Kinder zu spüren. Lehrkräfte, denen man seitens der Schuldirektion diskret versichert hat, sie würden „schon anderweitig“ eine Stelle bekommen und müssten sich also „keine Sorgen machen“, sind innerlich bereits mit ihrer beruflichen Neuorientierung beschäftigt. All dies geht zu Lasten des Schulklimas und hätte durch rechtzeitige Verhandlungen vermieden werden können.
2. Mit dem Wirksamwerden der vom Stadtrat ausgesprochenen Kündigung wäre der Evangelischen Schule *ab dem neuen Schuljahr jede vertragsrechtliche Grundlage entzogen*. Ein Weiterbetrieb ohne verhandelte Rahmenbedingungen wäre dann nicht mehr möglich. Eine Kündigung würde daher aus unserer Sicht die *Schliessung der Evangelischen Schule ab diesem Sommer* unweigerlich nach sich ziehen.
3. Die aus der Kündigung der Vereinbarung folgende Schliessung der Evangelischen Schule hätte die *Auflösung der jetzigen Klassenverbände* zur Konsequenz *und würde eine zwangsweise Umverteilung von mehr als 60 Schülerinnen und Schülern* nach sich ziehen. Eine über Jahre gewachsene Gemeinschaft und eine Vielzahl vertrauter Beziehungen würden damit unwiderruflich zerstört.

In summa bedeutet dies: Eine aufgezwungene „Gleichbehandlung“ wird rücksichtslos auf dem Rücken Dutzender Kinder und Familien ausgetragen. Wir fragen: In welchem Verhältnis steht solche *erzwungene Auflösung einer ganzen Schulgemeinschaft* zu den unablässig bemühten – de facto an einer Hand abzuzählenden! – „Zwangszuweisungen“, die es angeblich in der Vergangenheit gegeben hat?

Sehr geehrte Stadträte! Angesichts der wenigen verbleibenden Tage bis zum Ablauf der von Ihnen gesetzten Frist sagen wir: **Es ist noch nicht zu spät, gemeinsam einen vernünftigen Weg einzuschlagen!** Wir haben bisher wahrlich nichts unversucht gelassen, um unseren steten Willen zum Ausgleich unter Beweis zu stellen. Wenn Ihnen am Erhalt und Wohl der Evangelischen Schule etwas liegt, dann bitten wir Sie jetzt in aller Form um die hierzu geeigneten Schritte und Vorschläge.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Trägerschaft

R. Frische, Pfarrer

A. Lüthi, Präsident